

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/029

Chronik vom 8. November 1950 bis zum 30. Juni 1951

08.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 8. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>8. November 1950. 105 Holländer, ehemalige freiwillige Soldaten der Waffen SS, kamen aus Rußland an. Sie wurden von holländischen Offizieren und einem holländischen Konsul in Empfang genommen. Einige weigern sich, in die Niederlande zurückzukehren. Sie fürchten Bestrafungen. ...<<

12.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 12. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114): >>12. November 1950. Aus Italien trafen 21 Frauen, 15 Kinder und 11 Männer ein, die bisher in einem großen Internierungslager bei Rom festgehalten wurden. Die Deutschen beklagen sich über schlechte Behandlung und minderwertiges Essen. Dafür durften sie als Elendsstatisten in einem Film mitwirken, den der italienische Regisseur Rossellini drehte. ... Der Filmstar Ingrid Bergmann verschenkte Schokolade an die Kinder.

Auch Deutsche aus Spanien kamen zurück. Außerdem aus vielen Ländern des ganzen Erdballs.

Friedland nimmt sie alle auf.<<

15.11.1950

DDR: Grotewohl bestreitet am 15. November 1950 erneut, daß eine Kollektivierung der gesamten Landwirtschaft geplant wird.

Berlin: Bundeskanzler Adenauer spricht am 15. November 1950 mit den 3 Hohen Kommissaren der westlichen Alliierten über die Wiedervereinigung Deutschlands.

Der britische Hochkommissar Kirkpatrick schreibt später an das Foreign Office nach London (x020/87-88): >>Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen: Sämtliche Gespräche, die jemals mit den Deutschen, auf welcher Ebene auch immer, in dieser Frage geführt worden sei-

en, erlaubten einfach keine gegenteilige Interpretation. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Josef Foschepoth schreibt später über die Haltung des Bundeskanzlers (x020/88-89): >>Der Kanzler zeigte sich von der Haltung der Besatzungsmächte äußerst überrascht und versuchte während des gesamten Gesprächs eine betont harte Haltung einzunehmen. Daß es hierbei jedoch auch wieder weniger um die Ostgebiete als um die Westverträge ging, wurde deutlich, als er betonte, daß ein Verzicht auf die Gebiete jenseits der Oder und Neiße einen "außerordentlich ungünstigen Effekt auf die deutsche öffentliche Meinung haben würde und jede Chance einer Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag zunichte machen würde". ...

Im weiteren Verlauf der Unterredung versuchte Adenauer erneut einen Zusammenhang zwischen dem geplanten westdeutschen Wehrbeitrag und dem Anspruch auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete herzustellen. Unter Hinweis auf das soeben bei den EVG-Verhandlungen in Paris genannte Kontingent von 400.000 deutschen Soldaten im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft meinte der Kanzler, Deutschland würde nicht bereit sein, "diese zur Verfügung zu stellen, wenn die Alliierten zu verstehen gäben, daß sie sich für die Zukunft hinsichtlich der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie völlige Handlungsfreiheit vorbehielten".

Dies war nun dem französischen Hochkommissar, Francois-Poncet, endgültig zu viel. Sollte das, was der Kanzler gerade gesagt hatte, in Frankreich publik werden, "dann würde die französische öffentliche Meinung mit Sicherheit den Schluß ziehen, daß es bei einem Beitrag zur europäischen Verteidigung das Ziel des Kanzlers sei, einen Revanche-Krieg zu führen, um die deutschen Ostgebiete zurückzuerobern. Dies sei ganz und gar nicht unsere Idee" ... Vielmehr solle sich der Kanzler darüber im klaren sein, daß er eingeladen sei, nicht einen Beitrag zur Ostexpansion Europas, sondern zu seiner Verteidigung gegen unmittelbare russische Gefahr zu leisten".

Das Gespräch endete ohne konkretes Ergebnis.

Eine Woche später trafen sich jedoch die Außenminister der 3 Westmächte erneut mit Adenauer – diesmal auch in seiner Eigenschaft als Außenminister der Bundesrepublik – in Paris zu gemeinsamen Beratungen. Es war das erste Mal, daß die westdeutsche Seite als gleichberechtigter Partner auf dieser Ebene vertreten war.

In westlichen Delegationskreisen war man darauf gefaßt, mit einer harten Haltung Adenauers in der Oder-Neiße-Frage konfrontiert zu werden. Nichts dergleichen geschah.

Das, was vor einer Woche noch ein Herzensanliegen des deutschen Kanzlers gewesen zu sein schien, war nicht einmal wert, ausführlich auf der Außenministerkonferenz diskutiert zu werden, die sich immerhin ausschließlich mit der künftigen Rolle Deutschlands in Europa beschäftigte. ...<<

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.

Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.

Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß So-

wjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.

Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.

Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.

Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein. Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirklich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.

Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...

Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...

... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.

Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet später (im Juni 2017) im COMPACT-Spezial Nr. 14 über Konrad Adenauer (x343/12-15): >>**Der Alte und der Pfälzer**

_ von Jürgen Elsässer

Konrad Adenauer und Helmut Kohl ragen wie Riesen aus der Ahnengalerie der Unionsparteien heraus. Doch bei allen Leistungen haben beide auch gravierende Fehler zu verantworten, die die heutige Misere von Staat und Nation ermöglicht haben.

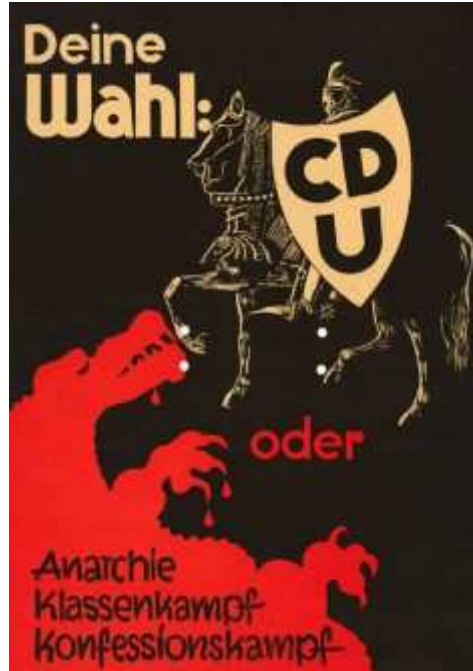
Die Geschichte der CDU ist die Geschichte dreier herausragender Kanzler, die jeweils weit länger als ein Jahrzehnt die Geschicke des Landes bestimmten: Konrad Adenauer steht für Wirtschaftswunder und Westbindung, Helmut Kohl brachte die Einheit und den Euro, Angela Merkel setzte Grenzöffnung und Islamisierung durch. Unter den ersten beiden ist der Wohlstand für alle Volksschichten gewachsen, unter letzterer hat sich die Bundesrepublik als Sozialamt für die ganze Welt etabliert - zu Lasten von Mittelstand und Arbeiterschaft.

Auf nach Westen

Adenauer, nach seinem Wohnort in der Nähe der alten Bundeshauptstadt auch als "der Alte aus Rhöndorf" titulierte, brachte die Tradition der katholischen Zentrumspartei aus der Weimarer Republik als wichtige Erbschaft in die Gründung der CDU mit ein. Als Oberbürgermeister von Köln (1917 bis 1933) war er dezidiert antipreußisch gewesen - die Stadt und andere Gebiete des heutigen Bundeslandes NRW gehörten damals noch zum größten deutschen Teilstaat - und hatte nach dem Ersten Weltkrieg mit einer Separierung des Rheinlandes an der Seite

Frankreichs geliebäugelt.

Diese frühe Prägung ist der Politiker nie losgeworden: Zeitlebens fand er kein Verhältnis zu den Menschen und Mentalitäten östlich der Elbe, wo ab 1949 die "roten Preußen" der SED - so ein Bonmot des Publizisten Wolfgang Venohr - das Sagen hatten. Nach einer Anekdote hat Adenauer auf seinen Reisen durch den Osten immer die Rollos nach unten gezogen und geschimpft: "Da draußen ist Sibirien."



Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 1946. Im Gegensatz zum katholischen Zentrum verstand sich die CDU an als überkonfessionelle christliche Partei. Foto: CDU/KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Sein rheinisches Naturell ermöglichte ihm aber auch große Leistungen: Die sprichwörtliche kölnische Umgänglichkeit machte ihn zum idealen Verhandlungsführer bei den schwierigen Gesprächen mit den Siegermächten und mit Israel. Frankophilie und Katholizismus erleichterten insbesondere eine enge Freundschaft mit Charles de Gaulle und damit eine Aussöhnung mit dem alten Erbfeind jenseits des Rheins. Dabei strahlte er eine Ernsthaftigkeit und Frömmigkeit aus, die ihn in den turbulenten Nachkriegsjahren positiv abhoben von der klassenkämpferischen Linken - er war die charakterliche Identifikationsfigur für die große Mehrheit der leidgeprüften Deutschen.

Ein Schuß Machiavellismus war freilich unverkennbar: Die Wahl zum Bundeskanzler am 15. September 1949 sicherte er sich mit einer einzigen Stimme Vorsprung - seiner eigenen. Und in den Verhandlungen mit Moskau und Ostberlin folgte er der Devise: Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Das machte den "Bundeskanzler der Alliierten" - so die Schmähung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher - für die amerikanische Besatzungsmacht zum idealen Statthalter in der Zeit des Kalten Krieges: Der Alte war, schon aus Eigeninteresse am Machterhalt, völlig unempfänglich für alle Avancen aus dem Osten. Den von Washington geforderten Aufbau der Bundeswehr und den Eintritt in die NATO (1955) setzte Adenauer zuverlässig gegen die sozialdemokratische Opposition durch, die Kommunistische Partei ließ er 1956 gleich ganz verbieten.

Diese Haltung stabilisierte zwar den Teilstaat, verhinderte aber die Einheit Deutschlands. Dabei hätte es diese Chance gegeben: 1951 schlug DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl einen Fahrplan zur Wiedervereinigung vor, den Adenauer ablehnte und mit einem Gegenvorschlag

konterte. "Danach hätte der erste Schritt in freien gesamtdeutschen Wahlen zu einer Nationalversammlung bestanden, zu der sämtliche Parteien zugelassen werden sollten. Zur großen Überraschung westlicher Beobachter ging Ost-Berlin auf diese Forderung ein", faßt der Historiker Gregor Schöllgen in einer Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen. Doch paradoxerweise verweigerte sich Adenauer erneut.

Der nächste Vorstoß kam direkt aus Moskau. Diktator Josef Stalin bot ihm April 1952 ein neutrales Deutschland an, alle fremden Truppen sollten abgezogen werden und dann freie Wahlen stattfinden. Auch dieser Vorschlag wurde von den Westmächten torpediert. Ihre List: Der Urnengang sollte von den Vereinten Nationen kontrolliert werden - was damals für die UdSSR unannehmbar war, da die USA unter formalem Kommando der UNO gerade einen Krieg gegen das sozialistische Nordkorea führten.

Adenauers Entgegenkommen gegenüber den Besatzern ging sogar so weit, im Jahr 1954/55 die Herauslösung des Saarlandes aus Deutschland und dessen Wirtschafts- und Währungsunion mit Frankreich zu billigen. Das Vorhaben scheiterte nur an der Hybris in Paris: Dort wollte man das sogenannte Saarstatut durch eine Volksabstimmung bestätigen lassen und ging von einer sicheren Mehrheit bei den Saarländern aus. Doch die stimmten mit über zwei Dritteln für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik - und ermöglichten damit eine erste kleine Wiedervereinigung.

Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.

Adenauers Devise

Es spricht jedoch für Adenauer, daß er trotz aller Westverbundenheit auch weiter die Fühler nach Osten ausstreckte. Ein großartiges Resultat zeigte sein Moskau-Besuch im Jahr 1955 - dort konnte er die Freilassung der verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen aushandeln. Selbst Spuren zu einer "geheimen Ostpolitik" (Schöllgen) finden sich in den Akten.

Bei einer Unterredung mit dem sowjetischen Botschafter Andrej A. Smirnow 1958 in Bonn fragte er unvermittelt, ob die Russen bereit wären, "der Sowjetzone den Status von Österreich zu geben", also die neutrale Eigenstaatlichkeit. Doch die Initiative verlief im Sande, wohl auch, weil Moskau mit SED-Chef Walter Ulbricht schon an Plänen zur Abriegelung der Zonengrenze arbeitete. Adenauers Mut kam zu spät.

Zwischen Washington und Paris

Die Wiedervereinigung, die Adenauer 1952 als Geschenk Moskaus nicht akzeptieren wollte, erhoffte er sich durch eine Politik der Stärke an der Seite der NATO, die auch die Bereitschaft zur militärischen Konfrontation einschloß. Tatsächlich galt in den USA zu Anfang der 1950er die Doktrin des sogenannten Rollback - und im Koreakrieg gab es Planungen, dieses Zurückdrängen des sowjetischen Einflusses auch mit Hilfe von Atomwaffen durchzusetzen. Doch der Sputnik-Schock kühlte die Gemüter ab: Mit dem weltweit ersten Start eines Satelliten demonstrierten die Sowjets 1957, daß ihre Raketen auch den amerikanischen Kontinent erreichen konnten.

In der Folge nahm die Bereitschaft der USA rapide ab, für die Wiedervereinigung in einen Krieg zu ziehen, der auch ihr eigenes Territorium hätte verwüsten können. Adenauer war freilich kein Hasardeur: Nach dem Mauerbau zeigte er sich zwar enttäuscht über die Zurückhaltung von Präsident John F. Kennedy - für ihn ein "Schaumschläger" -, aber goß selbst auch kein Öl ins Feuer und besuchte die "Frontstadt" in den heißen Tagen nach dem 13. August 1961 nicht. Dennoch stellte die neue US-Politik die Union vor ein Dilemma.



Nicht nur im Bundestagswahlkampf 1953 setzte die CDU auf harten Antikommunismus. Foto: CDU, KAS, CC-BY-SA 3.0 DE

Zwei Fraktionen bildeten sich heraus: Die Atlantiker um Außenminister Gerhard Schröder (nicht zu verwechseln mit dem wesentlich jüngeren SPD-Politiker) und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard standen gegen die Gaullisten um Strauß und Adenauer. Diese versuchten mit den Franzosen die Lücke zu schließen, die das amerikanische Desengagement in der deutschen Frage gelassen hatte. Besonders Strauß war eifrig und hatte schon 1957/58 mit Paris an einer Atomwaffenzusammenarbeit gebastelt. Es gibt Hinweise darauf, daß sein Sturz in der Spiegel-Affäre 1962 nicht ohne Hilfestellung der amerikanischen Geheimdienste zustande kam.

Adenauer stellte es klüger an. Sein Besuch in Frankreich 1962 fand in der alten Krönungsstadt Reims ihren Höhepunkt bei einer deutsch-französischen Truppenparade - 17 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ungeheure Symbolik! -, und die Gegenvisite De Gaulles im selben Jahr glich geradezu einem Triumphzug. Im Januar 1963 wurde ein deutsch-französischer Vertrag unterzeichnet, der eine privilegierte Zusammenarbeit beider Staaten vorsah und von Kritikern als antiamerikanisch interpretiert wurde.

Doch der Druck der Atlantiker, auch in der CDU, war so stark, daß der Vereinbarung in der deutschen Fassung eine Präambel vorangestellt wurde, die das Dokument weitgehend entwertete. De Gaulle mußte seinen Weg, der ihn zum Austritt aus der Militärstruktur der NATO führen sollte, allein weitergehen - die BRD blieb an der Seite der USA.

Ausländer rein!

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports. Verantwortlich dafür war Ludwig Erhard, der als Wirtschaftsminister von 1949 bis 1963 für den Wiederaufbau verantwortlich war und deswegen großes Ansehen im Volk hatte, aber vor allem die Interessen der Großkonzerne vertrat. Diese kapitalistische Orientierung stand am Beginn der Öffnung des Arbeitsmarktes für Ausländer ab Mitte der 1950er Jahre, wie der spätere SPD-Kanzler Helmut Schmidt im Rückblick feststellte: "Im Grunde genommen ging es ihm darum, durch Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte das Lohnniveau niedrig zu halten. Mir wäre statt dessen lieber gewesen, die deutschen Löhne wären gestiegen."

1955 kam es zu einer wichtigen Weichenstellung: "Daß sich die deutsche Bundesregierung damals zur Anwerbung von Türken entschied - in deren Folge die Zahl der Ausländer in Deutschland von 700.000 (1961) auf drei Millionen (1971) stieg - ergab sich vor allem auf Drängen der deutschen Industrie.

Und: Es war die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die die Bundesregierung aufforderte, die im Anwerbeabkommen mit der Türkei festgelegte Befristung der Aufenthaltserlaubnis auf zwei Jahre, ein Rotationsprinzip, zu revidieren", faßt ein Artikel in der Tageszeitung Die Welt vom 5. Dezember 2006 zusammen.

Die verhängnisvollste Entscheidung der Ära Adenauer war der Beginn des Gastarbeiter-Imports.

Ein letztes Mal versuchte die Politik im Jahre 1973 gegenzusteuern - die Bundesregierung verfügte einen Anwerbestopp. Kanzler Willy Brandt (SPD) postulierte in der ARD: "Wir müssen an die eigenen Landsleute zuerst denken." Wieder intervenierten die Großkonzerne. "Damals", so schrieb der frühere Chef der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl (CSU) 1983, "haben Herr Schleyer und mit ihm die meisten Arbeitgeber eine solche Politik der Rotation aber abgelehnt, weil er sagte, das kostet uns viel Geld, da müssen wir alle fünf Jahre neue Leute anlernen. Ich habe das für einen Fehler gehalten, und es zeigt sich jetzt, daß es ein Fehler war". ...<<

16.11.1950

DDR: Durch Verordnung vom 16. November 1950 geht der Strafvollzug auf das Ministerium des Innern über.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Damit trat der bisher im Strafvollzug vertretene Erziehungsgedanke völlig in den Hintergrund. Durch die Übertragung des Strafvollzugs auf die Polizei wurde angestrebt, die Arbeitskraft der Gefangenen in möglichst großem Umfange auszubeuten, so vor allem in Haftarbeitslagern.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Haftarbeitslager" in der SBZ (x009/169-170): >>Die Mehrzahl der Häftlinge, auch der politischen Gefangenen, ist in die Produktion der volkseigenen Wirtschaft eingegliedert.

Soweit diese Häftlinge nicht in volkseigenen Betrieben arbeiten, die in den Strafvollzugsanstalten Zweigbetriebe unterhalten, müssen sie in den zur Zeit 25 Haftarbeitslagern schwerste körperliche Arbeit verrichten.

Einige dieser Haftarbeitslager wurden für die Dauer großer Bauvorhaben errichtet. z.B. das Haftarbeitslager "Schwarze Pumpe" und das Haftarbeitslager "Klotzsche", das nach Fertigstellung der neuen Rollbahnen des Flugplatzes wieder aufgelöst wurde. Ständige Haftarbeitslager bestehen für die im Bergbau eingesetzten Häftlinge in den Steinkohlenrevieren Oelsnitz und Zwickau, in den Kalibergwerken Rossleben und Sollstedt sowie im Kupferbergwerk Volkstedt. In den Stahlwerken Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) und Unterwellenborn arbeiten die Häftlinge aus den gleichnamigen Haftarbeitslagern. 5 große Ziegeleien werden hauptsächlich von Häftlingen betrieben. ...

Bis 1957 konnten sich die Häftlinge durch hohe Arbeitsleistungen die Strafzeit bis auf ein Drittel verkürzen. Für sog. "Kurzstraffer", d.h. Häftlinge, die eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verbüßen, ist diese Vergünstigung seit dem Sommer 1958 völlig entfallen. Die anderen Gefangenen können seitdem trotz härtester Arbeit nur noch in besonders günstigen Ausnahmehedingungen einen wesentlichen Teil der Strafzeit "einarbeiten", weil die mehrmals erhöhten Arbeitsnormen kaum noch zu erfüllen sind. ...

Die - wenn auch geringe - Hoffnung, die Strafzeit zu verkürzen, sowie Strafen wegen Arbeitsverweigerung bei Nichterfüllung der Norm treiben die Häftlinge weiterhin zu äußerster Kraftanstrengung an. 75 % der Arbeitsvergütung werden für Unterkunft und die meist unzureichende Verpflegung einbehalten.

Der in Art. 137 der Verfassung niedergelegte Grundgedanke des Strafvollzugs, "Erziehung der Besserungsfähigen durch gemeinsame produktive Arbeit", ist in den Haftarbeitslagern längst durch die Ausbeutung der Häftlinge zugunsten der volkseigenen Wirtschaft ersetzt worden.

In den Haftarbeitslagern wird die gegen "arbeitsscheue Personen" ausgesprochene "Arbeitsziehung" vollstreckt.<<

17.11.1950

BRD: "Bild-Extra" berichtet am 17. November 1950 über den Prozeß gegen Rudolf Pleil (x305/11): >>Der Massenmörder von der Zonengrenze

"Erst hab' ich sie mit dem Hammer umgehauen, dann habe ich sie bearbeitet."

Lächelnd gesteht Rudolf Pleil im sogenannten "Braunschweiger Prozeß" zahlreiche Morde. Der Mann, der sich selbst als "Totmacher" bezeichnet, hat 1946/47 im Grenzgebiet zwischen Ost- und Westdeutschland mindestens 11 Flüchtlinge (meist) Frauen erschlagen und anschließend ausgeraubt.

Pleil selbst prahlt von 40 Morden, ist beleidigt als Ärzte und Richter ihm dies nicht glauben wollen. Zum Beweis, daß er "gut und schnell totmachen kann", nennt er Orte, an denen man weibliche Leichen findet. Pleil wird zu lebenslanger Haft verurteilt. ...<<

Der Massenmörder erhängt sich schließlich am 17. Februar 1958 in seiner Zelle.

26.11.1950

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 26. November 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/114-117): >>26. November 1950. Es gibt viele Kinder in Friedland, Kinder, die bisher das Leben nur in der Sicht irgendeines Lagers kennen. Kinder, die nicht deutsch sprechen. Kinder, die weder schreiben noch lesen können.

... Deshalb gründete Friedland einen Kindergarten und auch eine Lagerschule. ...

Für die größeren ist die Lagerschule eingerichtet worden. Der Lehrer hat es nicht leicht, denn die da vor ihm sitzen, Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahr, haben die unterschiedlichste Schulbildung hinter sich, können oft kaum schreiben, noch schlechter lesen, manchmal auch überhaupt nicht deutsch. ...

Hier heißt es, ganz von vorn anfangen. Mit dem Nachsprechen von Worten der einfachen Umgangssprache beginnt es, dann kommen die Buchstaben an die Reihe ... und alle soll so ein 12jähriger, der noch nie eine deutsche Schule sah, nicht nur auswendig lernen, sondern auch schreiben können. Aber sie sind alle dabei, Bruno, Fritz und Günther, sie wollen deutsch lernen, denn, das haben ihnen die Eltern gesagt: Deutschland ist ihre Heimat. ...<<

22.12.1950

Frankreich: Die kommunistische Abgeordnete Marie-Claude Vaillant-Courtier (1912-1996, als Mitglied der französischen Widerstandsbewegung im Gefängnis und in deutschen Konzentrationslagern interniert) erklärt am 22. Dezember 1950 während einer Gerichtsverhandlung (x075/189): >>Ich weiß, daß es in der Sowjetunion keine Konzentrationslager gibt, und ich halte das sowjetische Strafvollzugswesen unbestreitbar für das erstrebenswerteste in der ganzen Welt.

Ich glaube, die Sowjetunion ist das einzige Land, in dem alle Verurteilten, ganz gleich, ob aus strafrechtlichen oder politischen Gründen Verurteilte, ein Gehalt bekommen, das dem entspricht, was sie draußen bekämen, sie können kaufen, was sie draußen kaufen würden, ausgenommen alkoholische Getränke, was natürlich für diejenigen, die gerne trinken, unangenehm ist, und sie können sich von ihrem Gehalt ein Einzelzimmer mieten, wenn sie es wünschen, und sie haben die Möglichkeit, zu schreiben, Filme zu sehen und Musik zu machen. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über die Sympathisanten der kommunistischen bzw. stalinistischen Sowjetunion (x075/187): >>... Die Blindheit hat nichts spezifisch Französisches an sich. Auf der Liste der Besucher der Sowjetunion standen bedeutende Vertreter der englischen und amerikanischen Intelligenz, die begeistert zurückkehrten und Zeugnis ablegten von der Menschlichkeit des Regimes, und von seinen großen Erfolgen dank der revolutionären Begeisterung und des revolutionären Scharfblicks.

Bertrand Russell, Julian Huxley – der zukünftige erste Generalsekretär der UNESCO -, Owen Lattimore und sogar der amerikanische Vizepräsident Henry Wallace: Wie lächerlich und unehrenhaft wirken doch im nachhinein ihre Äußerungen! ...<<

24.12.1950

Jugoslawien: Der zum Tod verurteilte deutsche Wehrmachtsgeneral Gerhard Henke schreibt damals über den Heiligen Abend 1950 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft (x130/335): >>... Wir stellten Kerzen auf Tannenzweige oder kleine Bäumchen vor uns auf, die in Paketen geschickt worden waren. ...

Ich kam in Gedanken am Bahnhof in Eschwege an und ging den Weg vom Bahnhof zu unserem Haus. An all den Gebäuden, Plätzen und Bäumen vorbei, die mir seit meiner früher Jugend vertraut waren. ...<<

31.12.1950

Deutsches Reich: Größe in qkm (Stand: 1950), Bevölkerung (Stand: 1950)

<u>Deutsche Provinzen, Länder und Landesteile</u>	<u>Fläche in qkm Stand: 1950</u>	<u>Deutsche Bevölkerung Stand: 1950</u>	<u>Einwohner je qkm Stand: 1950</u>
Westdeutschland (BRD)	245.275	47.589.300	194
Berlin	890	3.325.200	3.736
Saargebiet	2.559	948.700	371
Sowjetische Besatzungszone (DDR)	107.173	17.600.000	164
	355.897	69.463.200	195
Deutsche Ostgebiete (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens)	13.200	.	.
Deutsche Ostgebiete (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern)	101.448	.	.
	470.545	.	.

Quellen: KNAURS LEXIKON, München 1953 (x038/295).

Deutschland mußte nach dem Zweiten Weltkrieg 24,4 % seines Staatsgebietes (in den Grenzen von 1937) abtreten.

BRD: "Bild-Extra" berichtet am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>**13 Millionen suchen eine Heimat ...**

Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.

Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.

In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtstankern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.

Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlin-

ge erhalten "Soforthilfe" (rund 45 Mark). Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<

Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung leben am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 31. Dezember 1950 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117): >>31. Dezember 1950. Über 400 Deutsche aus China trafen überraschend zum Jahresende in Friedland ein. Es sind in der Mehrzahl Kaufleute, die seit vielen Jahren mit ihren Familien in China lebten und nun ausgewiesen wurden.

Sie haben alles verloren, besitzen nichts als den Anzug auf dem Leibe, das Kleid, den Mantel. Und doch habe ich kaum jemand gefunden, der mutlos war. Man wird sehen. Man wird von vorn anfangen. Irgendwo in Deutschland. ... Keiner ließ sich gehen. So, als gehöre sich das nicht.<<

Polen: Die polnische Regierung annulliert am 31. Dezember 1950 das Dekret über die Ausscheidung von Personen deutscher Nationalität aus der polnischen Gesellschaft vom 13. September 1946, das vorher den Rechtstitel für die Ausweisung der Volksdeutschen im alten polnischen Staatsgebiet (Grenze vor 1937) bildete (x003/VII).

1950

DDR: Im Jahre 1950 fliehen 197.788 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Der Anteil der Vertriebenen an der DDR-Bevölkerung beträgt im Jahre 1950 rund 25 % (Vergleich: BRD am 1.4.1950 = 7,7 Millionen Vertriebene, rund 16,1 %).

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Louis Fünberg (1909-1957) verfaßt im Jahre 1950 das "Lied der Partei" (x846/...):

>>Sie hat uns alles gegeben,
Sonne und Wind und sie geizte nie.
Wo sie war, war das Leben,
Was wir sind, sind wir durch sie.
Sie hat uns niemals verlassen,
Fror auch die Welt, uns war warm.
Uns schützt die Mutter der Massen,
Uns trägt ihr mächtiger Arm.

Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...
Und Genossen es bleibe dabei,
Wer da kämpft für das Recht,
Der hat immer recht
Gegen Lüge und Ausbeuterei.
Wer das Leben beleidigt,
Ist dumm oder schlecht,
Wer die Menschen verteidigt,
Hat immer recht.
So aus Lenin'schem Geist
Wird von Stalin geschweißt
Die Partei, die Partei, die Partei.

Sie hat uns niemals geschmeichelt.
Sank uns im Kampfe auch manchmal der Mut,
Hat sie uns leis nur gestreichelt:

"Zagt nicht!" und gleich war uns gut.
Zählt denn noch Schmerz und Beschwerde,
Wenn uns das Gute gelingt,
Wenn man den Ärmsten der Erde,
Freiheit und Frieden erzwingt?
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...

Sie hat uns alles gegeben,
Ziegel zum Bau und den großen Plan.
Sie sprach: "Meistert das Leben,
Vorwärts Genossen, packt an."
Hetzen Hyänen zum Kriege,
Bricht euer Bau ihre Macht.
Zimmert das Haus und die Wiege,
Bauleute, seid auf der Wacht!
Die Partei, die Partei,
Sie hat immer recht ...<<

BRD: Bundeskanzler Adenauer teilt den Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Jahre 1950 mit, daß immer noch etwa 1.407.000 westdeutsche Soldaten und 190.000 Zivilisten vermißt werden, die damals als Kriegsgefangene oder Vermißte registriert waren (x131/181).

Der CDU-Politiker Hans Lukaschek (1885-1960, 1949-53 Minister für Vertriebene) beauftragt im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.

Max Horkheimer (1895-1973, deutscher Philosoph und Soziologe) und Theodor W. Adorno (1903-1969, eigentlich T. Wiesengrund, deutscher Philosoph, Soziologe, Musiktheoretiker) kehren im Jahre 1950 aus dem US-Exil zurück und gründen mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägt später vor allem die 68er Bewegung.

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schreibt später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über Horkheimers Politisierung der Psychoanalyse (x306/96-101): >>**Die Psychoanalyse wird politisiert**

Die Politisierung der Psychoanalyse kam nicht von ungefähr, sondern aus Frankfurt am Main. Dort hatte 1930 Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung übernommen. Das Institut war auf sozialdemokratisches Betreiben nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und dem Herausgeber des "Archivs für Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung", Carl Grünberg, unterstellt worden.

Das Institut ist in seiner Frühzeit weniger durch wissenschaftliche Arbeiten als durch die Tätigkeit des posthumen "Helden der Sowjetunion" und russischen Meisterspions Richard Sorge bekannt geworden. Horkheimer löste es nach Eintreten der Wirtschaftskrise vom musealen Sozialismus und machte es mit seiner sozialphilosophischen Fragestellung im Dreieck Marx-Hegel Freud zu dem unter den Studenten als "Marxtempel" bekannten Magneten der linksintellektuellen Jugend.

Die jungen Dozenten und Assistenten, die sich um das Institut scharten, sollten später beinahe alle bekannt werden. Es waren Friedrich Pollock (1894-1964), Theodor Adorno (geb. 1903), Herbert Marcuse (geb. 1898), Erich Fromm (geb. 1900) und Leo Löwenthal (geb. 1900), denen auch Walter Benjamin nahe stand.

Der Ausdruck Sozialforschung wies darauf hin, daß das Objekt der Untersuchungen des Insti-

tuts zwar die Gesellschaft war, der Umfang der Untersuchungen jedoch nicht durch die Grenzen der Fachsoziologie eingeschränkt werden sollte. Die letzten Jahre des Dahinsiechens der Weimarer Republik gaben die erregende Kulisse für das Entstehen der "kritischen Theorie", die den "historischen Verlauf der gegenwärtigen Epoche begreifen" sollte. Bildeten die Kommunisten den willensmäßigen, die Sozialdemokraten den gefühlsmäßigen Flügel der Revolution von links, so standen die Sozialforscher im verstandesmäßigen Zentrum.

Das Scheitern der linken Revolution war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Flügel miteinander zerstritten waren und das Zentrum so in der Luft hing. 1933 wurde das Frankfurter Institut wegen "staatsfeindlicher Umtriebe" geschlossen. Doch Horkheimer hatte vorgebaut. Die "Zeitschrift für Sozialforschung" siedelte mit ihrem 2. Jahrgang nach Paris über, das Institut wurde in New York an der Columbia Universität weitergeführt.

Bereits im Vorwort der "Zeitschrift für Sozialforschung" wurde die Förderung der Sozialpsychologie versprochen, wobei zum ersten Male die Psychoanalyse in ein sozialpsychologisches System einzubauen sei. Vor allem Erich Fromm, ein gebürtiger Frankfurter, der 1929 vom Berliner Institut für Psychoanalyse nach Frankfurt zurückkehrte, förderte die Synthese von Marx und Freud. Seine Aufsätze in der "Zeitschrift für Sozialforschung" und sein Beitrag zu dem in Frankfurt vorbereiteten, aber erst 1935 in Paris gedruckten Band "Studien über Autorität und Familie" gelten als die "Gründungsdokumente" der amerikanischen neo-freudianischen Schule.

Während die musealen Marxisten sich damit begnügten, aus den unerquicklichen Vorgängen der 30er Jahre Bestätigungen ihrer Dogmen herauszulesen, waren die jungen Sozialforscher bemüht, ein wissenschaftliches Fazit der gleichen Ereignisse zu ziehen. Hatte man auf der Linken bislang geglaubt (und glaubten gewisse Partei Emigranten noch immer), daß das Volk gegen die privilegierten Klassen stehe und Recht und Wahrheit gegen Macht und Herrschaftsideologie verteidige, so zogen die Sozialforscher aus den "faschistoiden" Entwicklungen der Zeit die Konsequenz, daß auf das Volk (auch in Gestalt des Proletariats) kein Verlaß mehr sei. "Auch die Situation des Proletariats bildet in dieser Gesellschaft keine Garantie der richtigen Erkenntnis", formulierte Max Horkheimer.

"Die richtige Gesamtverfassung der Menschheit" wäre nicht durch die Befreiung des Proletariats von seinen Ketten, sondern durch die Reform der gesamten Gesellschaft, einschließlich des Proletariats, zu erreichen. In einem gewaltigen Wurf sollte nicht nur die Gesellschaft reformiert werden, sondern Marx und Freud gleich mit. In der intellektuellen Retorte wurde nach und nach die Aufgabe bewältigt, ein in der fortschrittlich-radikalen Tradition stehendes politisches System unter Weglassung des Volkes zu konstruieren.

Die neo-freudianischen und verwandten Schulen mußten Freud wie Marx zum konservativen alten Eisen werfen, da der eine in den Trieben, der andere im Proletariat einen vorgegebenen, nicht zu verändernden Faktor hinnahm. Im Besitz einer gesellschaftsgeschichtlichen Gesamtschau rechnete man beiden die Erkenntnisgrenzen ihres gesellschaftlichen Standortes vor. Freud habe die an seinen adligen und großbürgerlichen Patienten gewonnenen Ergebnisse zu Unrecht verallgemeinert. Marx habe den Menschen noch als rationales Wesen gesehen.

Er habe die Kräfte des Unbewußten noch nicht gekannt, sonst hätte er nicht die Arbeiterklasse einfach als Erben der Kapitalistenklasse eingesetzt. Marx sah nicht, "daß eine bessere Gesellschaft nicht ins Leben gerufen werden konnte von Menschen, die sich nicht einem moralischen Wechsel in sich selbst unterzogen haben". Die Gesellschaft sei krank, da die Einzelnen krank seien. Die Gesellschaft müsse man kurieren, indem man die Einzelnen kuriere. Der Psychoanalytiker ist in letzter Instanz derjenige, in dessen Händen die Verantwortung für den gesellschaftlichen Wechsel liegt. Er bilde um sich herum gesunde Zellen, die die gesunde Gesellschaft von morgen ankündigten.

Was dem roten Frankfurt recht war, war dem roten Wien billig. Auch hier scheiterten die re-

volutionären Entwürfe, die in der Rathausmehrheit der einzigen sozialistischen Millionenstadt, deren Gemeindebauten, Schulreformen, Sportanlagen und Volksbildungseinrichtungen "eine Teilverwirklichung des Sozialismus im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft" gesehen hatten. Von der Wiener "Karl Marx Hof Mystik" legen die Gedichte Stephen Spenders ein lyrisches Zeugnis ab. Der Oberschicht suchte man mit einer "Hauspersonalabgabe" das Leben zu verdrießen, die mit einer progressiven Abgabeberechnung bei dem meistbetroffenen Haushalt die Summe von 316.555 Schilling pro Jahr erreichte.

Einer der heute führenden amerikanischen Soziologen, Paul F. Lazarsfeld, berichtete über seinen Wiener Werdegang: "Am Anfang der Zwanziger Jahre waren wir überzeugt, daß die Reformen der Gemeinde Wien auf sozial- und schulpolitischem Gebiet den Beginn einer neuen Zeit bedeuteten. Doch am Ende dieses Jahrzehnts war es schon klar, daß die Entwicklung eine ganz andere und von unserem Standpunkt aus bedenkliche Richtung genommen hatte." Da hätte man begonnen, sich für alles zu interessieren, "was die Enttäuschung unserer Hoffnungen erklären konnte". Damals sei das Wort umgegangen, daß die heraufziehende Revolution Nationalökonomien gebraucht habe, daß die siegreiche Revolution sich auf Ingenieure stütze und die gescheiterte Revolution Sozialpsychologen hervorbringe.

Auch in Wien fand eine Verschmelzung von Soziologie und Psychologie statt, einerseits im Werk des Psychoanalytikers Wilhelm Reich, andererseits im Umkreis des Psychologenehepaars Karl und Charlotte Bühler. Wilhelm Reich (geb. 1897) war in Wien Freuds erster Assistent (1922-1928) gewesen. Sein Versuch, die Psychoanalyse mit kommunistischen klassenkämpferischen Parolen zu verschmelzen, hatte ihn jedoch Freud entfremdet, der schon bei Mussolinis "Marsch auf Rom" auf den Vorwurf, weder rot noch schwarz zu sein, geantwortet hatte: "Nein, man sollte fleischfarben sein."

In den Jahren der deutschen Krise entwickelte Reich seine eigene "sex-ökonomische" Lehre, die sich zunehmend, insbesondere nach seiner Übersiedlung nach Amerika, aus den marxistischen Eierschalen löste. Reich berief sich auf einen Artikel von Willi(am) Schlamm, der nach dem Saarpolebiszit von 1935 geschrieben hatte:

"In Wirklichkeit ist die Epoche vorbei, in der es schien, als ob die Volksmassen aus eigener Kraft sich erheben würden, geleitet durch die Vernunft und die Einsicht in ihre Lage. In Wirklichkeit haben die Massen keine gesellschaftsformende Funktion mehr. Sie haben sich als völlig manipulierbar, dumpf und fähig zur Anpassung an jede Art von Macht oder Infamie erwiesen."

Schlamm's Standpunkt sei zwar steril, da er weder die Herkunft der Situation noch deren Änderung einbeziehe, aber Reich selbst habe immer wieder die Erfahrung machen müssen, daß "die demokratischen Politiker, insbesondere die sozialdemokratischen und kommunistischen, nicht das geringste Verständnis dafür hatten, daß die Massen infolge jahrhundertelanger Unterdrückung unfähig zur Freiheit sind." Um die Änderung dieser Situation bewirken zu können, müsse man ihre Ursache kennen: "Was die Masse unfähig zur Freiheit macht, ist die Unterdrückung des genitalen Liebeslebens in Kindern, Heranwachsenden und Erwachsenen." - "Sexuelle Unterdrückung ändert die Struktur des ökonomisch unterdrückten Individuums so, daß es gegen seine Interessen handelt."

Reich ordnete die politischen Hauptströmungen den drei Schichten des menschlichen Charakters zu. Die oberste Schicht sei die Schicht der Kooperation, der Vernunft, der Rücksichtnahme; die unterste Schicht sei die der schöpferischen Triebe, denen alle geistigen und künstlerischen Leistungen entspringen, die unterste Schicht könne sich jedoch nicht mit der obersten durchdringen, da sie durch eine mittlere Schicht abgeleitet werde, in der alle Egoismen, Saldismen, Selbstsucht und Brutalität zu Hause seien.

Der obersten Schicht sei der Liberalismus zuzuordnen, der untersten die revolutionäre Linke, der mittleren der Faschismus. Denn man könne die Zeitgeschichte nicht begreifen, wenn man

den Faschismus für eine politische Idee halte, die mit politischen Mitteln an die Macht dränge. "Der Faschismus ist nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakterstruktur."

In diesem charakterologischen Sinn ist "Faschismus" die grundlegende emotionelle Haltung des Menschen in der autoritären Gesellschaft, die die Gesellschaft der Gegenwart überhaupt sei. Es sei daher widersinnig, den Faschismus aus dem deutschen oder japanischen Volkscharakter abzuleiten. Seine charakter-analytischen Erfahrungen hätten Reich gezeigt, "daß es heute nicht ein einziges Individuum gibt, das nicht Elemente faschistischen Fühlens und Wollens in sich trägt".

"Der Faschismus als politische Bewegung unterscheidet sich von anderen reaktionären Parteien dadurch, daß er von den Massen des Volkes unterstützt wird."

"Faschismus ist auf einer Religiosität aufgebaut, die aus einer sexuellen Perversion stammt; er ändert den masochistischen Charakter der alten patriarchalischen Religionen in eine sadistische Religion." ...

Wer den Faschismus bekämpfen wolle, müsse davon ausgehen, daß die "zentrale reaktionäre Keimzelle" die Familie sei. "Da die autoritäre Gesellschaft sich in der Struktur des Massenindividuum durch die autoritäre Familie reproduziert, folgt, daß die politische Reaktion die autoritäre Familie als Basis des Staates, der Kultur und Zivilisation verteidigt". Kern der autoritären Familie sei eine Mutter Fixierung. "Die Mutter ist die Heimat des Kindes und die Familie die Nation en miniature."

Daher seien "metaphysisches, individualistisches und familiäres Verhalten nur verschiedene Aspekte ein und desselben Prozesses der Sex Negation. Realistisches, nicht metaphysisches Denken auf der anderen Seite geht Hand in Hand mit der Lockerung der Familienbande und zum mindesten Indifferenz gegenüber asketischen sexuellen Ideologien".

Die autoritäre Familie lösche die Frau und die Kinder als Geschlechtswesen aus, indem sie die Frau in der Mutter Funktion aufgehen lasse und die Sexualität der Kinder unterdrücke. Demgegenüber sei die sexualkulturelle Revolution auch das politische Heilmittel. Durch "sexökonomische Massen Hygiene" sei eine kollektive Atmosphäre sexueller Bejahung zu schaffen, die eine neue sexökonomische Moral zur Folge habe.<<

Polen, Ostdeutschland: Bei der Volkszählung im Jahre 1950 werden 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35).

UdSSR: Ein gefangener Wehrmachtssoldat berichtet im Jahre 1950 über einen "Pakettag" in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager in Stalingrad I (x130/361): >>Für die Gefangenen bedeuteten die Pakete die Rettung, das Überleben. Die Pakete wurden immer nur in Gegenwart eines Russen geöffnet, ausgepackt und auf verbotene Dinge – Waffen, Kompaß und Kas-siber (schriftliche Nachrichten) – untersucht.

Zahnpasta-Tuben und Rasierklingen wurden uns nicht ausgehändigt.

Walnüsse wurden vom sowjetischen Offizier mit dem Hammer aufgeschlagen und nach Kas-sibern untersucht. So stand ich vor dem Tisch mit dem Paketinhalt, der Russe knackte Nüsse, ich schob mir den Nußkern in den Mund und wartete auf die nächste Nuß. Einmal wurde sich der russische Offizier plötzlich bewußt, wie seltsam und komisch die Szene war. Er nahm eine Handvoll Nüsse und warf sie mir lachend an den Kopf.

Leere Keksdosen verschenkten wir an Kinder, die wir auf dem Weg zur Arbeitsstelle trafen. Doch dies wurde uns verboten: Jeglicher Kontakt zur Zivilbevölkerung war streng untersagt. In den nächsten Tagen standen die Kinder wieder an unserem Weg. Sie bettelten: "Onkel Kriegsverbrecher, schenk uns eine Dose". ...<<

Großbritannien: Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) ist im Jahre 1950 davon überzeugt, daß die Mehrheit der deutschen Flüchtlinge

und Vertriebenen nicht in ihre alte Heimat im Osten zurückkehren will (x020/90): >>Haß gegenüber Rußland und der Kommunismus ist unter diesen unglücklichen Menschen eine weit aus stärkere gefühlsmäßige Kraft als das Heimweh. ...<<

USA: Der republikanische Senator Joseph Raymond McCarthy (1908-1957) leitet ab 1950 die Untersuchung gegen "unamerikanische Umtriebe", die sich unter seiner Führung in den folgenden Jahren zu einer regelrechten Hetzjagd auf "kommunistische Staatsfeinde" entwickelt.

McCarthy berichtet später über seine "Untersuchungstätigkeit" (x149/127): >>Bei meinem Wort, ich habe keine Freude an dieser Aufgabe. Es ist eine schmutzige, unangenehme Arbeit, doch die Arbeit muß getan werden.

Als ich noch ein Junge war, und auf der Farm lebte, hielt meine Mutter Hühner. Der größte Feind der Hühner ist das Stinktier. Um die Hühner meiner Mutter zu schützen, mußten meine drei Brüder und ich Stinktiere ausgraben und vernichten.

Es war eine schmutzige, schlechte, unerfreuliche und stinkende Arbeit. Und manchmal, wenn wir sie getan hatten, wollten die Leute in der Kirche nicht neben uns sitzen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Heinar Kipphardt (1922-1982) schreibt später über die "Kommunistenjagd in Nordamerika" (x081/203): >>In den Jahren 1950 bis 1954 versetzte ein einziger Mann, der Senator Joseph McCarthy aus Wisconsin, die Vereinigten Staaten von Amerika in einen Zustand von Verfolgungswahn. Er benutzte seine Stellung im Senat, um die Behauptung zu verbreiten, die wichtigsten amerikanischen Behörden seien von Kommunisten unterwandert. Dabei ging er wie alle Demagogen von der Erfahrung aus, daß Lügen um so eher Glauben finden, je dicker sie aufgetragen werden.

So erklärte er zum Beispiel, er besitze eine Liste von 205 Kommunisten im amerikanischen Außenministerium. Später mußte er das dementieren, aber bis dahin hatte er genug Aufsehen erregt und Schrecken hervorgerufen.

Er war ein Meister des Falschspiels. Dem Senat gegenüber behauptete er einmal, er wolle jetzt etwas aus der Korrespondenz zwischen zwei führenden Beamten vorlesen. Als man verlangte, daß der Brief mit zum Protokoll gegeben würde, stellte sich heraus, daß es einen solchen Brief gar nicht gab, sondern daß der Senator diesen Brief frei erfunden und den Inhalt aus der Luft gegriffen hatte.

Alles in allem dauerte der Spuk, der als McCarthyismus in die amerikanische Geschichte einging, etwa 4 Jahre. Dann befaßte sich ein Senatsausschuß mit der Frage, ob das Verhalten des Senators McCarthy nicht zu tadeln sei, und dieser Tadelsantrag wurde von einer Mehrheit von 67 Senatoren angenommen; von da an war der Bann gebrochen und McCarthy ein erledigter Mann, der nicht mehr in der Lage war, irgend jemanden in Panik zu hetzen. ...<<

China: Mao Zedong (1893-1976, Präsident des Zentralrats der Volksregierung) läßt 1950/51 Tibet besetzen und leitet ab 1950 eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft ein (Maoismus).

1951

Die DDR soll ein neues Symbol in ihrer Staatsflagge bekommen: Eine Ziege und einen Stuhl. Wer meckert, muß sitzen.
--

Flüsterwitz in der DDR

08.01.1951

Polen: Der Staatspräsident erläßt am 8. Januar 1951 ein Gesetz über die polnische Staatsbürgerschaft (x003/497-500): >>... Kapitel I.

Polnische Staatsbürger.

Art. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann nicht gleichzeitig Bürger eines anderen Staates sein.

Art. 2. Mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes sind polnische Staatsbürger Personen, welche:

1. die polnische Staatsbürgerschaft auf Grund der bisherigen Vorschriften besitzen,
2. als Repatrianten nach Volkspolen gekommen sind,
3. die Bestätigung ihrer polnischen Nationalität auf Grund des Gesetzes vom 28. April 1946 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die in den Wiedergewonnenen Gebieten wohnhaft sind, des Dekrets vom 22. Oktober 1947 über die polnische Staatsbürgerschaft von Personen polnischer Nationalität, die im Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig wohnhaft sind, sowie anderer hierhergehörender bisher geltender Vorschriften erlangt haben.

Art. 3. Die zuständige Behörde kann als polnische Staatsbürger Personen anerkennen, die zwar die Voraussetzungen des vorhergehenden Artikels nicht erfüllen, jedoch mindestens seit dem 9. Mai 1945 in Polen wohnen, es sei denn, daß sie als Ausländer einer bestimmten Staatsangehörigkeit nach Polen gekommen und in Polen als Ausländer behandelt worden sind.

Art. 4. Polnischer Staatsbürger ist nicht, wer zwar am 31. August 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besaß, jedoch ständig im Ausland wohnt und:

1. im Zusammenhang mit den Änderungen der polnischen Staatsgrenzen auf Grund eines internationalen Vertrags die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates erworben hat oder
2. russischer, weißrussischer, ukrainischer, litauischer, lettischer oder estnischer Nationalität ist oder
3. deutscher Nationalität ist, es sei denn, daß der Ehegatte dieser Person die polnische Staatsbürgerschaft besitzt und in Polen wohnt.

Art. 5. 1. Die Eheschließung eines polnischen Staatsbürgers mit einer Person, welche die polnische Staatsbürgerschaft nicht besitzt, hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft der Ehegatten zur Folge.

2. Die Änderung der Staatsbürgerschaft des einen Ehegatten hat keine Änderung der Staatsbürgerschaft des anderen Ehegatten zur Folge.

Kapitel II.

Der Erwerb der polnischen Staatsbürgerschaft.

Art. 6. Ein Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn:

1. beide Eltern polnische Staatsbürger sind oder
2. der eine Elternteil polnischer Staatsbürger ist und der andere unbekannt oder seine Staatsangehörigkeit unbekannt oder unbestimmt ist.

Art. 7. Ein Kind, das in Polen geboren oder aufgefunden wurde, erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn beide Eltern unbekannt sind oder ihre Staatsbürgerschaft unbekannt und unbestimmt ist.

Art. 8. 1. Ein in Polen geborenes Kind erwirbt die polnische Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil polnischer Staatsbürger und der andere Angehöriger eines anderen Staates ist, es sei denn, daß beide Elternteile durch übereinstimmende Erklärung vor der zuständigen Behörde innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an für das Kind die Staatsangehörigkeit des fremden Staates wählen, dem der zweite Elternteil angehört, sofern nach dem Recht dieses Staates ein Erwerb der Staatsangehörigkeit auf diese Weise möglich ist.

2. Falls eine Einigung beider Elternteile nicht zustande kommt, kann jeder von ihnen innerhalb eines Monats vom Tage der Geburt des Kindes an das Gericht um Entscheidung anrufen.

3. Ein Kind, das eine fremde Staatsangehörigkeit auf die in Abs. 1 und 2 vorgesehene Weise erworben hat, kann nach Vollendung des dreizehnten Lebensjahres durch eine entsprechende Erklärung vor der zuständigen Behörde die polnische Staatsbürgerschaft wählen. ...

Art. 10. 1. Einem Ausländer kann auf Ansuchen die polnische Staatsbürgerschaft verliehen werden.

2. Die Verleihung der polnischen Staatsbürgerschaft kann davon abhängig gemacht werden, daß die Entlassung aus der fremden Staatsangehörigkeit nachgewiesen wird.

3. Personen, die als Repatrianten auf die von zuständigen Behörden vorgeschriebene Weise nach Polen kommen, erwerben kraft Gesetzes die polnische Staatsbürgerschaft.

Kapitel III.

Der Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft.

Art. 11. 1. Ein polnischer Staatsbürger kann eine fremde Staatsangehörigkeit nur erwerben, wenn ihm die polnischen Behörden die Genehmigung zur Änderung der Staatsbürgerschaft erteilt haben. ...

Art. 12. 1. Einem polnischen Staatsbürger, der sich im Ausland aufhält, kann die polnische Staatsbürgerschaft entzogen werden, wenn er:

- 1) die Treuepflicht gegenüber dem polnischen Staate verletzt hat,
- 2) den Lebensinteressen Volkspolens Schaden zugefügt hat,
- 3) das polnische Staatsgebiet nach dem 9. Mai 1945 illegal verlassen hat,
- 4) auf die Aufforderung der zuständigen Behörden hin die Rückkehr nach Polen ablehnt,
- 5) sich der Erfüllung der Militärdienstpflicht entzieht,
- 6) im Ausland für ein Kapitalverbrechen verurteilt wurde, oder wenn er ein rückfälliger Verbrecher ist.

2. Die Entziehung der polnischen Staatsangehörigkeit kann auf die im Ausland wohnhaften Kinder des Ausgestoßenen erstreckt werden, wenn sie das dreizehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Kapitel IV.

Das Verfahren.

Art. 13. 1. Über die Verleihung und den Verlust der polnischen Staatsbürgerschaft entscheidet der Staatsrat. ...

Kapitel V.

Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Art. 16. Die Vorschriften dieses Gesetzes werden auch auf die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in Polen geborenen oder aufgefundenen Kinder angewandt.

Art. 17. 1. Außer Kraft treten die bisherigen Vorschriften in den von diesem Gesetz geregelten Angelegenheiten. ...<<

Das polnische Staatsbürgerschaftsgesetz soll angeblich die bisherige gesetzliche Diskriminierung der noch im Lande befindlichen deutschen Bevölkerung der Oder-Neiße-Gebiete aufheben (x003/VII).

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtet später über die völkerrechtswidrige Aufzwingung der polnischen Staatsangehörigkeit (x077/47): >>Über 1 Million Deutscher sind zu polnischen Staatsangehörigen wider Willen von der Verwaltungsmacht erklärt worden. Dies widerspricht den völkerrechtlichen Regeln über die Verleihung der Staatsangehörigkeit an fremde Staatsangehörige.

Insbesondere widersprach dies zur Zeit der Sammeleinbürgerung der Haager Landkriegsordnung, der Haager Konvention über die Fragen betreffend die Kollisionen der Staatsangehörigkeitsgesetze vom 12. April 1930 usw.<<

15.01.1951

BRD: Ilse Koch (1906-1967, Ehefrau des Lagerkommandanten des KZ Buchenwald) wird am 15. Januar 1951 von einem deutschen Gericht zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

"Bild-Extra" berichtet am 15. Januar 1951 über den Prozeß gegen Ilse Koch (x305/16): >>Ilse

Koch: Die "Hexe von Buchenwald" verurteilt ...

Offiziell war sie nur die Ehefrau von Karl Koch, dem Lagerkommandanten des KZ Buchenwald. Doch Ilse Koch, von den Häftlingen "Kommandeuse" oder "Hexe von Buchenwald" genannt, verbreitete selbst Angst und Schrecken.

Die drei Hauptanklagepunkte (von 105) beim Prozeß: Bestrafung von willkürlich ausgewähl-

ten Häftlingen durch brutale Prügel, Baumhängen, Bunkerhaft, Züchtigung von Häftlingen mit der Reitpeitsche; Anfertigung von Lampenschirmen aus tätowierter Menschenhaut.

Das Schwurgericht kann Ilse Koch nur einen Teil ihrer Taten nachweisen. Urteil: Lebenslanglich.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über Ilse Koch (x051/318): >>Koch, Ilse, geborene Köhler, geboren in Dresden 22.9.1906, gestorben im Gefängnis Aichach 2.9.1967 (Selbstmord), deutsche KZ-Bewacherin; Sekretärin, 1932 NSDAP-Beitritt.

Koch heiratete 1936 den Lagerführer des KZ Sachsenhausen Karl Otto Koch (geboren in Darmstadt 2.8.1897, gestorben in Buchenwald im April 1945), der 1937 den Auftrag zum Aufbau des KZ Buchenwald erhielt.

Koch war im Lager wegen ihrer Brutalitäten gefürchtet ("Hexe von Buchenwald"), ihr Mann wegen seiner über Leichen gehenden Habgier: Er errichtete mit Häftlingsgut ein regelrechtes "Warenhaus".

1942 wurde er mit seiner Familie ins KZ Maidanek strafversetzt, wo er seine zwielichtigen Geschäfte und sie ihre Affären mit SS-Männern fortsetzte. Während Zigtausende in den Gaskammern starben, wurden Koch und ihr Mann 1943 auf Veranlassung des SS-Richters Waldeck-Pyrmont verhaftet, sie wegen angeblicher Unterschlagung von rund 710.000 RM, er wegen Mordes an drei Häftlingen, die zuviel gewußt hatten. Ilse Koch wurde mangels Beweisen freigesprochen, ihr Mann im April 45 erschossen.

Die Amerikaner verurteilten Ilse Koch 1947 zu lebenslänglicher Haft, begnadigten sie aber 1949.

Unmittelbar danach wurde sie von einem deutschen Gericht der Anstiftung zum Mord in 135 Fällen angeklagt und am 15.1.51 wegen Anstiftung zum versuchten Mord in fünf Fällen zu lebenslänglicher Haft verurteilt, die Befragung von 2.000 Zeugen hatte keine Beweise für Tötungshandlungen ergeben.

Vergeblich blieb der Revisionsversuch der Verteidigung, die das Verfahren unter dem Druck der öffentlichen Vorverurteilung in den Medien für rechtswidrig hielt.<<

22.01.1951

BRD: Der spätere US-Präsident Dwight D. Eisenhower erklärt am 22. Januar 1951 während einer Rede in Bonn (x268/45): >>Ich war 1945 der Auffassung, daß die Wehrmacht, insbesondere das deutsche Offizierskorps, identisch mit Hitler und den Exponenten seiner Gewalt-herrschaft sei und deshalb auch voll verantwortlich für die Auswüchse des Regimes. ...

Inzwischen habe ich eingesehen, daß meine damalige Beurteilung der Haltung des deutschen Offizierskorps und der Wehrmacht nicht den Tatsachen entspricht, und ich stehe daher nicht an, mich wegen meiner damaligen Auffassung zu entschuldigen. Der deutsche Soldat hat für seine Heimat tapfer und anständig gekämpft. ...<<

25.01.1951

DDR: Nach der "Verordnung über die Rückgabe deutscher Personalausweise bei Übersiedlung nach Westdeutschland oder West-Berlin" vom 25. Januar 1951 muß jeder Bewohner der SBZ, der nach Westdeutschland oder West-Berlin übersiedelt, seinen Personalausweis an die Volkspolizei zurückgeben.

Die Nichtbeachtung dieser Vorschrift wird mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bedroht (x009/368).

27.01.1951

BRD: Am 27. Januar 1951 wird der Bundesgrenzschutz aufgestellt.

Die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wird am 27. Januar 1951 auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entsteht.

31.01.1951

DDR: Die Kasernierte Volkspolizei verfügt bereits Ende Januar 1951 über rd. 65.000 Mann. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/287): >>Das Potsdamer Abkommen sah auch für die SBZ eine völlige und dauernde Entwaffnung vor.

Doch die Sowjetunion und später in ihrem Auftrag die SED betrieben eine sehr wirksame Militärpolitik, indem sie militärische und militärähnliche (paramilitärische) Verbände aufstellten und weite Bereiche des öffentlichen und politischen Lebens in den Dienst der Wiederbewaffnung stellten.

... 1. Sie gab (seit August 1946 im Gegensatz zu den Polizeien der westlichen Besatzungszonen ...) die nichtmilitärische Volkspolizei schon sehr früh in die Hand der SED, um zuverlässige Kräfte für die künftige Zonenarmee zu sammeln;

2. sie baute seit dem 1.12.1946 eine militärähnliche kasernierte Grenzpolizei auf, die bis Mitte 1948 auf 9.100 Mann anwuchs, während in den westlichen Besatzungszonen an derartiges überhaupt noch nicht zu denken war;

3. sie sammelte unter den deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion Kräfte für die geplante Zonenarmee.

Seit dem 3.7.1948 ließ die Sowjetunion militärische Einheiten (Kasernierte Volkspolizei) aufbauen. Sie sollten angeblich nur polizeiliche Bereitschaftsverbände sein, wuchsen aber schon bis Anfang 1951 zu einer einsatzfähigen Armee von rd. 65.000 Mann an ...<<

Januar 1951

Ostdeutschland: Eine deutscher Internierter schreibt im Januar 1951 aus Goleniow bei Stettin: >>Verzeih mir, liebe Mutti, daß ich solange nicht geschrieben habe, aber ich hatte leider kein Briefpapier.

Wie Du schreibst, bist Du neugierig, was für ein großer Junge ich geworden bin.

Ich bin so groß wie mein Vater, 1,75 m, aber sehr mager, wiege nur 70 Pfund. Das Schlimmste ist, ich bin sehr schwer krank.

Ich bitte Dich, liebe Mutti, wenn es Dir möglich ist, einen warmen Pullover zu schicken, ich friere immer, und ich glaube nicht, daß ich noch einen Winter überlebe. ...<<

08.02.1951

BRD: Dr. Kather erklärt am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages (x155/29-31): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...

Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser Gefahr.

Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.

Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist.

Wenn man sich das Wesen der totalitären Systeme vor Augen hält, dann weiß man, daß sie sich nicht beschränken und daß sie nicht aufhören können, daß sie sich niemals mit dem kleinen Finger begnügen, sondern immer die ganze Hand haben wollen. Deshalb kann es für uns Vertriebene nicht zweifelhaft sein, daß diese Gefahr besteht und daß es eine geradezu tödliche

Gefahr ist. ...

Wir wissen, daß die Haltung der Vertriebenen zu dieser Frage im Ausland Besorgnis auslöst, ganz besonders in Frankreich, wo man sagt: Unsere Soldaten wollen nicht für Königsberg sterben.

Die Vertriebenen sagen: Wir wollen nicht für Potsdam oder Jalta sterben, und ich glaube, der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit aller Vertriebenen sicher zu sein, wenn ich sage, für diese Frage soll überhaupt niemand sterben.

Die Vertriebenen wünschen keinen Krieg, auch nicht um den Preis der Wiedergewinnung ihrer Heimat. ... Wir verzichten auf Rache und Vergeltung, und dieser Verzicht, der gleichzeitig die Wiedereroberung unserer Heimat mit Waffen ablehnt, ist endgültig.

Aber ebenso endgültig ist, daß wir unser Recht auf die Heimat nicht preisgeben wollen und nicht aufhören werden, dieses Recht mit friedlichen Mitteln zu erstreben.

Wir sind uns seit langem darüber einig geworden, daß der Weg zur friedlichen Wiedergewinnung der Heimat über Europa führt.

... Die Beteiligung an diesem Gemeinschaftsbeitrag zur Verteidigung Europas ist für uns alle tragbar und annehmbar nur unter dem Gesichtspunkt, daß wir auf diese Weise - und nur auf diese Weise! - den äußeren Frieden erhalten können.

Aber die weitere Voraussetzung ist, daß wir uns durch soziale Leistungen den inneren Frieden bewahren und erhalten!<<

08.03.1951

Polen: Entscheid des Präsidiums des Nationalen Bezirksrats Lodz, Stadt Mitte, vom 8. März 1951 über die Aberkennung der polnischen Staatsbürgerschaft und die Einziehung des Vermögens von Alfred K. aus Aleksandrowo, Kreis Lodz, auf Grund seiner deutschen Volkszugehörigkeit (x002/645-647): >>... Auf Grund von Artikel 1 und 7 des Dekretes vom 13.09.1946 über den Ausschluß von Personen deutscher Volkszugehörigkeit aus der polnischen Gesellschaft, ... entziehe ich dem Alfred K., ... derzeit im Gefängnis zu Fordon, ... die polnische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig entziehe ich die Staatsangehörigkeit der Ehefrau des Obenerwähnten ... sowie dessen Kinder ...

Gleichzeitig erkenne ich auf Einziehung des ganzen Vermögens, das der Obenerwähnte besessen hat, zugunsten des Staates.

Begründung:

Auf Grund der Ergebnisse der durchgeführten Ermittlungen wurde folgender Tatbestand festgestellt:

Die genannten Personen sind deutscher Volkszugehörigkeit, im täglichen Umgang bedienten sie sich der deutschen Sprache, sie gehörten der deutschen Organisation ... an und waren der polnischen Gesellschaft gegenüber feindlich eingestellt.

In Würdigung des oben festgestellten Tatbestandes gemäß Art. 1 des erwähnten Dekretes vom 13.09.1946 und gemäß § 2 der Durchführungsverordnung zu diesem Dekret vom 10.09.1947 (Gesetzblatt der Republik, Nr. 34, Pos. 163) war als gegeben anzusehen, daß der Obenerwähnte durch sein Verhalten seine deutsche nationale Eigenart tatsächlich an den Tag gelegt hat und deshalb der Aberkennung der polnischen Staatsangehörigkeit unterliegt.

Gegen diesen Entscheid steht dem Betroffenen das Recht zu, zu verlangen, daß die Angelegenheit an das Kreisgericht für den Bezirk Lodz, Stadt Mitte, verwiesen wird, was bei dem Vorsitzenden des Präsidiums des Nationalen Bezirksrates Lodz, Stadt Mitte, innerhalb einer Frist von 7 Tagen, vom Tage der Zustellung dieses Entscheides ab gerechnet, zu beantragen ist.<<

März 1951

BRD: Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und

der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkennt, erhält sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

08.04.1951

BRD: Am 8. April 1951 wird der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" (DJO) gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigt man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.

11.04.1951

USA: US-Präsident Truman setzt am 11. April 1951 den Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea, Douglas MacArthur (1880-1964) ab, weil Truman eine Ausdehnung des Krieges auf China vermeiden will.

Neuer Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte in Korea wird US-General Matthew B. Ridgway (1895-1993).

13.04.1951

Rumänien: Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" loben am 13. April 1951 ausdrücklich die Arbeitsleistung der deutschen Landarbeiter (x007/109E): >>In den MTS (Maschinen-Traktoren-Stationen) und Staatswirtschaften sind viele deutsche Landarbeiter tätig, die vielfach zu den besten Arbeitskräften zählen. ...<<

18.04.1951

Frankreich: In Paris unterzeichnen Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) bzw. Montanunion (x156/73):

>>Der Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Seine Königliche Hoheit der Kronprinz von Belgien, der Präsident der Französischen Republik, der Präsident der Italienischen Republik, Ihre Königliche Hoheit die Großherzogin von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande,

in der Erwägung, daß der Weltfriede nur durch schöpferische, den drohenden Gefahren angemessene Anstrengungen gesichert werden kann, in der Überzeugung, daß der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, zur Aufrechterhaltung friedlicher Beziehung unerlässlich ist,

in dem Bewußtsein, daß Europa nur durch konkrete Leistungen, die zunächst eine tatsächliche Verbundenheit schaffen, und durch die Errichtung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung aufgebaut werden kann,

in dem Bemühen, durch die Ausweitung ihrer Grundproduktion zur Hebung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beizutragen,

entschlossen, an die Stelle der jahrhundertealten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können,

haben beschlossen, eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu gründen. ...

Artikel 1

Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshal-

tung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...

Artikel 97

Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.

Artikel 98

Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<

Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (in Kraft seit 23.07.1952) soll der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen werden. Die Hohe Behörde der Montanunion wird 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages (23.07.2002) stellt die Montanunion schließlich ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gehen danach auf die EG über.

26.04.1951

DDR: Die SED-Regierung überträgt dem FDGB am 26. April 1951 die Leitung und Kontrolle über die 5 Sozialversicherungsanstalten der Länder.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Sozialversicherungs- und Versorgungswesen" in der SBZ (x009/401-404): >>Der Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Invalidität, Arbeitslosigkeit und sonstigen Wechselfällen des Lebens sowie der Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung und dem Schutze der Mutterschaft soll nach Art. 16, 3 der Verfassung ein einheitliches umfassendes Sozialversicherungswesen auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Versicherten dienen.

Obwohl stets die Sorge um den Menschen betont wird, bestimmt nicht sie die Gestaltung und die Grenzen dieser Vorsorge, vielmehr tun dies die Aufgaben, die die Sozialversicherung innerhalb der Planwirtschaft hat.

Organisation und Leistungen der Sozialversicherung sind darauf gerichtet, die Bevölkerung möglichst ausnahmslos zur Arbeit zu zwingen, damit die Produktion ein Höchstmaß erreicht. Mittel dazu sind: Möglichst kleine Alters- und Invalidenrenten, strengster Maßstab bei ärztlichen Untersuchungen auf Erwerbsminderung oder wegen zeitweiliger Arbeitsbefreiung infolge Krankheit, keine Versorgung für arbeitsfähige Witwen bis zu 60 Jahren. ...

Durch die Verordnung über die Sozialversicherung vom 26.4.1951 wurde die Verantwortung für die Leitung und Kontrolle dem FDGB übergeben. ...

In den volkseigenen Betrieben (VEB) und Verwaltungen bestehen Räte, in den Privatbetrieben Kommissionen der Sozialversicherung. Die Räte in den VEB und in den Verwaltungen haben die Bevollmächtigten für Sozialversicherung anzuleiten und zu kontrollieren. Die Bevollmächtigten für Sozialversicherung in den VEB und Verwaltungen sowie auch in den Privatbetrieben müssen nach den Richtlinien u.a. Kranke innerhalb von 3 Tagen in der Wohnung besuchen. ...

Die Übertragung der Sozialversicherung auf den FDGB und das System der Räte und der Bevollmächtigten sollen angeblich die Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Versicherten verwirklichen, in Wahrheit bedeutet es jedoch, daß die Versicherten keinerlei Einfluß haben. Die FDGB-Vorstände sind nicht die Vertreter aller Versicherten, sondern bestenfalls der FDGB-Mitglieder, wobei schon diese bei der Fragwürdigkeit der Wahlen zu den Vorständen bezweifelt werden muß. ...

Die kurzfristigen Barleistungen (Krankengeld, Hausgeld, Schwangerschafts- und Wochenhilfe, Sterbegeld) werden meist in den Betrieben ausgezahlt. Die Räte in den VEB und Verwaltungen sind befugt, über Leistungen zu entscheiden. ...

Der Sozialversicherungspflicht unterliegen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens alle Arbeiter und Angestellten (auch die Angestellten der Verwaltung, die in der SBZ an die Stelle der Beamten getreten sind) ...

Der Betriebsleiter, die betriebliche Gewerkschaftsleitung (BGL) und der Rat für Sozialversicherung haben das Recht, bei Vermutung einer mißbräuchlichen Ausnutzung der Leistung der Sozialversicherung bei den zuständigen Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens die sofortige Überprüfung des Gesundheitszustandes des Werkstätigen zu beantragen. Bei Verstößen gegen die Krankenordnung können die Betriebsleiter, die BGL oder die Verwaltung der Sozialversicherung anweisen, daß der Lohnausgleich und die Leistungen der Sozialversicherung ganz oder teilweise nicht gewährt werden (§ 105 des Arbeitsgesetzbuches).

... Die Renten sind im allgemeinen so niedrig, daß sie nur eine äußerst bescheidene Lebensweise erlauben. Eine seit langem versprochene Rentenreform ist ausgeblieben. ... Ausgeschiedene können sich eine bessere Versorgung verdienen, wenn sie die Arbeit für ein Jahr wieder aufnehmen.

Für die technische Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben ist eine zusätzliche Altersversorgung geschaffen worden. Eine entsprechende Regelung gilt für die Intelligenz an wissenschaftlichen, künstlerischen, pädagogischen und medizinischen Einrichtungen.

Die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten versorgt auch die Verfolgten des Nazi-regimes, selbst wenn diese keine Versicherungszeiten nachweisen können.

Die Pflichtversicherungsbeiträge betragen für Arbeiter und Angestellte 20 % - im Bergbau 30 % - des lohnsteuerpflichtigen Arbeitsverdienstes von bis zu 600 Deutsche Mark Ost monatlich. Die Beiträge sind je zur Hälfte von den versicherten und den Betrieben zu tragen, im Bergbau tragen die Betriebe 2 Drittel. ...

Trotz der großen Zahl der Anspruchsberechtigten kann die Sozialfürsorge aus öffentlichen Mitteln nicht entbehrt werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Altersversorgung" in der SBZ (x009/21): >>Wegen der großen Ausdehnung der Versicherungspflicht wird im Alter der größte Teil der Bevölkerung durch die Sozialversicherung versorgt.

Die Altersrenten liegen im Durchschnitt unter denen des Bundesgebietes. Durch Mindestrenten wird zwar in jedem Fall ein Festbetrag gewährt, der indessen die Existenz nur ungenügend sichert. Eine bessere Altersversorgung wird der Intelligenz gewährt, die dem System nützlich erscheint. Eine bessere Altersversorgung erhalten ferner Bergleute sowie Eisenbahner und Angestellte der Post. Eine Staffelung der Arbeiter und Angestellten nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Industriezweige ist geplant. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Renten" in der SBZ (x009/365-366): >>Jeder Sozialversicherte hat Anspruch auf Rente bei Invalidität, im Alter, für die Folgen von Arbeitsunfällen oder von anerkannten Berufskrankheiten.

Anspruch auf Rente haben außerdem die Hinterbliebenen eines Sozialversicherten.

Invalidenrente wird gezahlt, wenn der versicherte zu 66,66 % erwerbsgemindert ist, nach einer Versicherungszeit von mindestens 60 Monaten.

Altersrente wird gezahlt für Männer nach Vollendung des 65. Lebensjahres, für Frauen nach Vollendung des 60. Lebensjahres nach einer Versicherungszeit von mindestens 180 Monaten.

...

Hinterbliebenenrente erhalten arbeitsunfähige Familienangehörige eines verstorbenen Versicherten, wenn dieser Anspruch auf Rente hatte. Dabei gelten als arbeitsunfähige Familienangehörige nur Witwen, die selbst Invaliden sind oder das 60. Lebensjahr vollendet haben oder ein Kind bis zu 3 Jahren oder 2 Kinder bis zu 8 Jahren erziehen. Waisen galten bis 31.10.1959 als arbeitsunfähige Familienangehörige grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 15. Lebens-

jahres, bis zum 18. Lebensjahr, solange sie infolge Schulbesuchs kein eigenes Einkommen haben. ...

Die Voraussetzungen für die Rentenzahlungen sind somit viel enger als in der Bundesrepublik. Man will so in der SBZ einen möglichst großen Teil der Versicherten zur Arbeit zwingen, um die Produktion auch auf diese Weise zu steigern. ...

Unfallrente wird gezahlt, wenn ein Arbeitsunfall oder eine anerkannte Berufskrankheit eine Erwerbsminderung von wenigstens 20 % zur Folge hatte. ...<<

28.04.1951

CSR: Die letzte Aussiedlungsaktion von Sudetendeutschen wird am 28. April 1951 eingestellt.

Vom 17.03.1950 bis zum 28.04.1951 kommen 16.832 Deutsche mit 49 Transporten nach Westdeutschland (x004/127).

29.04.1951

DDR: Das "Neue Deutschland" meldet am 29. April 1951, daß der Verlust des Parteimitgliedsbuches zu Parteistrafen oder sogar zum Parteiausschluß führen kann (x009/319): >>Das Parteimitgliedsbuch ist für jedes Mitglied und jeden Kandidaten unserer Partei das höchste und wichtigste Dokument, das er in seinem Leben erhalten kann ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Parteidisziplin" in der SBZ (x009/319): >>(Die Parteidisziplin ist das) Grundprinzip der bolschewistischen "Partei neuen Typus".

Verlangt widerspruchslöse Unterordnung unter die Beschlüsse der vorgesetzten Parteileitungen und Funktionäre. Beschlüsse müssen auch von denen eingehalten werden, die mit ihnen nicht einverstanden sind und vor der Beschlußfassung widersprochen haben.

Bei Verletzung der Parteidisziplin verhängt man strenge Parteistrafen bis zum Ausschluß. "Wer auch nur im geringsten die eiserne Disziplin der Partei der Proletarier ... schwächt, der hilft in Wirklichkeit der Bourgeoisie gegen das Proletariat (Lenin: "Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" ...).<<

30.04.1951

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet am 30. April 1951 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/117-118): >>Während sich in einigen Teilen Deutschlands ein etwas stürmischer Wirtschaftsaufschwung bemerkbar macht, während viele Menschen sich ganz der unaufhörlichen Jagd nach der D-Mark ergeben haben, während eine Sucht nach dem Amusement ausgebrochen ist und eine vordergründige Scheinwohlhabenheit vorgetäuscht wird - während das Leben wieder so einigermaßen normal zu werden scheint, ist in Friedland die Zeit stehen geblieben. Hier, in der Barackenstadt, hat sich nichts verändert. ...

Jeder Tag schwemmte Menschen nach Friedland. ... Die "Operation Link" führte bis zum April 43.879 Menschen nach Friedland. Dazu kamen 10.147 Deutsche aus dem Ausland. Gestern trafen 33 Kinder aus Jugoslawien ein. Kinder, die ihre Eltern oder nächsten Verwandten in Westdeutschland haben. Alle sprachen perfekt serbisch, die überwiegende Zahl jedoch nicht ein Wort ihrer Muttersprache. Viele konnten auch kyrillische Schriftzeichen malen. Jedem, der es mochte, führten sie ihre Schreibkenntnisse mit kindlichem Stolz vor.

Mit dem Gesundheitszustand dieser deutschen Kinder aus Jugoslawien ist der Lagerarzt sehr zufrieden. Alle waren in staatlichen Kinderheimen untergebracht, offenbar an Ordnung gewohnt, gut erzogen und auch einigermaßen in Kleidung. In Friedland waren sie wohlgenut und fröhlich.

Das große Problem hat jedes dieser Kinder noch vor sich. Es ist das Problem des Zurechtfindens in den neuen Verhältnissen. Was haben sie alles nachzuholen, Sprechen, Lesen, Schreibenlernen, sich in eine Familie einfügen und auch bereits auf einen Beruf vorbereiten. Denn es gibt 14jährige darunter, deren Eltern sich bald um eine Lehrstelle kümmern müssen. Aber

welcher Meister nimmt einen Jungen, der nicht diese elementarsten Voraussetzungen mitbringt? ...<<

02.05.1951

BRD: Die Bundesrepublik wird am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.

05.05.1951

BRD: Bundeskanzler Adenauer schreibt am 5. Mai 1951 im Vorwort einer regierungsamtlichen Broschüre, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 nicht aufgehört hat, ein Staat zu sein (x020/87).

11.05.1951

BRD: Der Bundestag verabschiedet am 11. Mai 1951 ein "Amnestiegesetz" für NS-Verurteilte (nach Artikel 131 des Grundgesetzes).

Bund, Länder und Gemeinden werden verpflichtet, die aus dem öffentlichen Dienst Ausgeschiedenen wieder einzustellen (x129/149).

22.05.1951

BRD: Die Bundesregierung beschließt am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).

07.06.1951

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. Juni 1951 an den US-Politiker McCloy - von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/126-129): >>... Sie kennen, sehr verehrter Herr McCloy, meine Ansichten über einen deutschen Verteidigungsbeitrag.

Voraussetzung ist die Herstellung einer politischen Lage, die dem deutschen Volke so einleuchtend ist, daß es sieht, worum es kämpft, d.h. Deutschland muß die Wiederherstellung seiner Souveränität bekommen. ...

Ich glaube, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und die Mehrheit des Bundestages, wenn die politischen Voraussetzungen gegeben sind, der Leistung eines Verteidigungsbeitrages zustimmen werden.

Ich bin aber der Auffassung, daß die Mächteverlagerung, die in Europa seit 1918 eingetreten ist, noch auf viele Jahrzehnte hindurch große Gefahren mit sich bringen wird. Diese Mächteverlagerungen lassen Sie mich stichwortweise in folgendem wiedergeben:

Wegfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, dadurch Zersplitterung des ganzen Balkans und Osteuropas,

Wegfall Deutschlands als Militärmacht,

Absteigen Englands in seiner Stellung als Weltmacht und, damit Hand in Hand gehend, die starke Verringerung seiner Kraft zur See,

die Krankheitserscheinungen in Frankreich, die sich seit 1918 ununterbrochen zeigen,

das Vordringen Sowjetrußlands, einschließlich seiner Satellitenstaaten bis in das Herz Europas,

der gegenwärtige Zustand der Bundesrepublik.

Dem steht gegenüber eine außerordentlich große Steigerung des sowjetrussischen Machtbereiches und seines großen Einflusses.

Bei Beurteilung der sowjetrussischen Politik muß man meines Erachtens davon ausgehen, daß Rußland seit Hunderten von Jahren eine imperialistische Eroberungspolitik getrieben und den Panslawismus auf jede Art gefördert hat, daß die sowjetrussische Außenpolitik herkommensgemäß nach dem Westen geht, daß dieser Drang nach dem Westen im gesamten russischen Volke besteht und daß totalitäre Regierungen notgedrungen außenpolitische Erfolge möglichst großen Ausmaßes ihrer unterjochten Bevölkerung vorzeigen müssen, um durch Aufpeitschung nationalistischer Instinkte von inneren Schwierigkeiten abzulenken. Wir haben das ja alles in

Deutschland unter Hitler selbst erlebt.

... Das Ziel der amerikanisch-europäischen Politik muß also sein, Europa, und insbesondere dabei Deutschland, durch wirtschaftliche Hilfe und durch Lieferung von Rüstungsmaterial in den Stand zu setzen, einen starken Damm gegen das vorwärtsdringende Sowjetrußland zu geben. ...

... Zu der Frage des Verteidigungsbeitrages gehört auch der Komplex der Maßnahmen, die in der Bundesrepublik getroffen werden müssen, um dem deutschen Volk innere Festigkeit zu geben. Ich darf hier darauf hinweisen, daß das deutsche Volk, insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, soziale Verpflichtungen hat wie kein anderes Land der Welt.

Ob es sich diese Verpflichtungen durch eigene Schuld aufgebürdet hat oder nicht, spielt hierbei keine Rolle.

Ich nenne hier die Sorge für die Vertriebenen und Ausgebombten, die Wohnungsfrage, alle die Fragen, die mit der Abtrennung der agrarischen Gebiete Deutschlands von den überbevölkerten westlichen Teilen Deutschlands zusammenhängen. ...<<

08.06.1951

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland werden am 8. Juni 1951 die letzten NS-Kriegsverbrecher hingerichtet.

Gehängt werden die SS-Führer Paul Blobel, Werner Braune, Erich Naumann, Otto Ohlendorf, Oswald Pohl, Georg Schallermaier und Hans Schmidt (ehemaliger Adjutant im KZ Buchenwald).

Die Zeitschrift "Stern" berichtet später über die letzten Hinrichtungen in Landsberg (x043/216): >>Die Todesurteile an den 7 Landsberger Häftlingen wurden in der Nacht zum ... 7. Juni ... durch Erhängen vollstreckt. ...

In der Mitteilung des Hohen Kommissars McCloy wurde darauf hingewiesen, daß damit die letzten Hinrichtungen für die während des Krieges von Deutschen begangenen Verbrechen erfolgt seien. ...

Als erster wurde der ehemalige SS-Standartenführer Paul Blobel zum Galgen im Keller des Landsberger Gefängnisses geführt. Ihm folgten in Abständen von je 20 Minuten der frühere SS-Standartenführer Werner Braune, der frühere Oberführer Erich Naumann, der ehemalige SS-Brigadeführer Otto Ohlendorf, der ehemalige SS-Obergruppenführer Oswald Pohl, der Rapportführer Georg Schallermaier und der frühere Adjutant im KZ Buchenwald, Hans Schmidt. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über "Landsberg am Lech" (x051/-342): >>Landsberg am Lech, oberbayerische Stadt mit rund 8.200 Einwohnern (1933).

Im ehemaligen Schloß (Festung) von Landsberg am Lech, das zur Strafanstalt umgebaut worden war, verbüßten Hitler und andere im Hitler-Prozeß am 1.4.24 verurteilte Nationalsozialisten ihre Strafen. Hitlers Zelle im sogenannten "Feldherrnflügel", die er bis zur vorzeitigen Entlassung am 20.12.24 bewohnte, wurde im Dritten Reich Erinnerungsstätte und u.a. Ziel des Adolf-Hitler-Marsches der deutschen Jugend. Nach dem Zweiten Weltkrieg hielten hier die Amerikaner wegen Kriegsverbrechen angeklagte oder verurteilte Deutsche in Haft; auch Todesurteile wurden hier vollstreckt.<<

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung werden in den Westzonen mindestens 800 Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hingerichtet. Während dieser Kriegsverbrecherprozesse ahndet man lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer. Die Kriegs- und Nachkriegsverbrecher der Siegermächte zieht niemand zur Rechenschaft.

In den folgenden Jahren ermittelt die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilt über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

26.06.1951

BRD: Die "Jugendorganisation" FDJ wird am 26. Juni 1951 in der Bundesrepublik Deutschland als verfassungsfeindlich eingestuft und verboten.

29.06.1951

BRD: Die Bundesregierung verkündet am 29. Juni 1951 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1950 (x182/218): >>Von den Ausgaben in Höhe von 12,4 Milliarden DM entfallen 37,7 % auf Sozialleistungen und 37,5 % auf Besatzungskosten. ...<<

Juni 1951

Rumänien: Um die kommunistischen Wirtschaftspläne zu verwirklichen, läßt die rumänische Regierung im Juni 1951 rücksichtslose Zwangsumsiedlungen durchführen, bei denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wird.

Diese Umsiedlungsaktionen sind sorgfältig vorbereitet. Securitate- und Milizeinheiten sperren die einzelnen Ortschaften kurzfristig ab und benachrichtigten alle betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit haben, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen.

Vielerorts fahren die Transportzüge noch am Tag der Aushebung nach Osten. Diese Zwangsumsiedlungen erfassen die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze. Die Mehrzahl der Deportierten wird in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe transportiert (x007/110E-112E).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die Zwangsumsiedlung von Rumänien-Deutschen (x007/110E-114E): >>Eine mittelbare Folge der rücksichtslos verwirklichten kommunistischen Wirtschaftspläne waren letztlich auch die rumänischen Zwangsumsiedlungen der Jahre 1951/52, von denen die volksdeutsche Bevölkerung besonders stark in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Dem versöhnlicheren Charakter, der die Politik des volksdemokratischen Rumänien gegenüber den Volksdeutschen seit 1948/49 bestimmt, widersprachen diese Aktionen freilich nur scheinbar, da sie in ihrem Ansatz nicht national, sondern wirtschaftlich-sozial bestimmt waren.

Die seit 1949 ständig verschärfte Kollektivierungskampagne in der Landwirtschaft, die auch andernorts in Rumänien auf Widerstand gestoßen war, hatte im Banat im Winter 1950/51 zu regelrechten Unruhen geführt.

Angesichts der außenpolitischen Lage kurz nach dem Höhepunkt der Tito-Krise mögen in der Sperrzone des jugoslawischen Grenzgebietes auch militärische Erwägungen für eine Ausschaltung derartiger Unsicherheitsfaktoren geltend gemacht worden sein. Die im Juni 1951 fast schlagartig einsetzenden Evakuierungen erfaßten die Landgemeinden eines 35 bis 50 km breiten Gebietsstreifens entlang der rumänisch-jugoslawischen Grenze, wobei die Städte Temeschburg und Arad ausgespart wurden.

Die Aktion war sorgfältig vorbereitet und folgte im wesentlichen dem Schema der Deportationen von 1945. Die örtlichen Volksräte hatten Listen aufgestellt, in die vor allem enteignete Groß- und Mittelbauern, daneben aber auch sonstige Einwohner, die als politisch unzuverlässig galten, aufgenommen wurden.

Kurzfristig eingerückte Securitate- und Milizeinheiten sperrten die einzelnen Ortschaften einige Zeit vor Anlaufen der Aktion ab; Kommandos benachrichtigten die betroffenen Familien, die im allgemeinen nur wenige Stunden Zeit hatten, um ihre Habe zu verpacken und in die bereitgestellten Waggons zu verladen. – Die "Securitate" (Sicherheitspolizei) entsprach der sowjetischen NKWD (MWD); die im Januar 1949 geschaffene "Miliz" war an Stelle des alten Gendarmerie- und Polizeikorps getreten. –

Die Mitnahme des noch vorhandenen Eigentums war allerdings in fast unbegrenztem Umfang

erlaubt; selbst Vieh konnte vielfach mitgeführt werden, wobei für die zurückgelassenen Besitztümer nach Inventarisierung eine Pauschalabfindung gezahlt wurde. Gelegentliche Übergriffe und Ungenauigkeiten müssen wohl den örtlichen Behörden zur Last gelegt werden. Im allgemeinen konnten sich die Transportzüge, in denen ein Waggon pro Familie zur Verfügung stand, noch am Tage der Aushebung nach Osten in Bewegung setzen.

In den vordem fast rein deutschen Bauerndörfern der schwäbischen Heide östlich von Temeschburg war der Anteil der Schwaben unter den Deportierten besonders hoch. Aus Hatzfeld allein sollen etwa 1.000 Familien verschickt worden sein, für das gesamte Banat wird die Zahl der im Juni 1951 umgesiedelten Schwaben auf 30.000 bis 40.000 angesetzt. ...

Wie die Schwabendörfer wurden auch das bulgarische Altbeschenowa und besonders die zahlreichen serbischen Gemeinden der Grenzzone von den Evakuierungen erfaßt. Madjaren und einzelne Tschechen wurden ebenso wie eine große Anzahl rumänischer Kulaken, ja sogar ein Teil der neuangesiedelten Flüchtlinge aus Bessarabien und der Bukowina von den Umsiedlungen betroffen, die entlang der Grenze nach Turnu Severin hin, auch in fast nur rumänisch besiedeltes Gebiet übergriffen.

... Die Mehrzahl der Deportierten wurde in die nur dünn besiedelte Baragan-Steppe zwischen Donau und Ialomita verschickt, auf deren riesigen Weizen- und Baumwollfarmen neue Kollektivdörfer entstehen sollten. Nur Teile fanden weiter nördlich in den landschaftlich ähnlichen Bezirken des Judet Braila Unterkunft.

Von Unterkunft konnte freilich zunächst kaum eine Rede sein. Die Umsiedler erhielten grob vermessene Landflächen zugewiesen, auf denen sie sich zunächst provisorische Behausungen, zumeist nur notdürftig überdachte Erdhöhlen bauen mußten. Schwierigkeiten bereitete, auch in der Folgezeit, vor allem die Wasserversorgung. Zumeist schon nach wenigen Tagen oder Wochen wurde jedoch mit primitiven Hilfsmitteln die Errichtung der geplanten Neusiedlungen begonnen, deren Häuser, von den Deportierten selbst in behelfsmäßig organisierter Zusammenarbeit erbaut, einschließlich Schule, staatlicher Verkaufsstelle und Milizstation, im allgemeinen noch vor Einbruch des Winters unter Dach waren.

Die Arbeitsfähigen wurden zumeist zur Arbeit auf den Staatsgütern verpflichtet. Im Laufe der Zeit kehrten nach den geradezu katastrophalen Anfängen in den meisten Neugemeinden einigermaßen geordnete Verhältnisse ein, wobei sich auch ein erträgliches Zusammenleben der völlig wahllos durcheinandergewürfelten Deutschen, Rumänen, Serben und Madjaren einstellte.

In ihrem Umfang geringer waren die Evakuierungen, die durch ein am 9. Februar 1952 erlassenes Dekret verfügt wurden, um eine Entlastung der städtischen Zentren herbeizuführen.

Die rasch fortschreitende Industrialisierung im Rahmen der kommunistischen Planwirtschaft hatte besonders in Bukarest wie in den Städten Siebenbürgens zu einer Überfüllung der Städte geführt, die durch die Aussiedlung der aus dem Wirtschaftsleben ausgeschalteten Angehörigen der "Bourgeoisie" bis zu einem gewissen Grade abgeholfen werden sollte.

Zur Evakuierung vorgesehen wurden die Familien der "Kriegsverbrecher" und politischen Häftlinge, sowie die Angehörigen der ins Ausland Geflohenen, weiterhin entlassene Beamte und Offiziere, enteignete Kaufleute, Industrielle und Großbauern, vorbestrafte Saboteure und Arbeitslose unter 70 Jahren.

Im Gegensatz zu der ersten Kategorie, die bei Mitnahme von nur 50 kg ihren neuen Wohnsitz zugewiesen erhielten, konnten die zuletzt Genannten mit ihrer gesamten Habe an einen frei zu wählenden Ort umziehen, der allerdings mehr als 50 km vom alten Wohnort entfernt sein mußte.

Die Durchführung der Evakuierungen begann unmittelbar nach der Verkündung des Dekrets und noch vor seiner Veröffentlichung in Bukarest.

Für den Anteil der Deutschen an den in der Hauptstadt von der Evakuierung Betroffenen, die

zumeist in die Lager am Donau-Schwarzmeer-Kanal und an der Bicaz-Talsperre sowie ebenfalls in die Baragan-Steppe verbracht wurden, liegen Anhaltspunkte nicht vor.

Nur wenige Tage später wurden jedoch auch die siebenbürgischen Städte von der Evakuierungswelle erfaßt. Besonders aus Kronstadt und den Burzenländer Bauerndörfern der unmittelbaren Umgebung wurden schätzungsweise 2.000 Sachsen evakuiert, die in ihrer Mehrzahl in Elisabethstadt, zum Teil in Mediasch, Schäßburg und kleineren Orten, sämtlich aber innerhalb Siebenbürgens, Unterkunft fanden.

In kleinerem Ausmaß fanden auch in Mühlbach, Broos und anderen Städten Evakuierungen statt, während Hermannstadt überraschenderweise fast völlig ausgenommen blieb, obwohl es 1953 wie schon vorher Kronstadt, das neue "Stalinstadt", zur Arbeiterstadt erhoben wurde.

Das Los der Evakuierten war nicht leicht, wenn auch besser als das der Baragan-Verschleppten. Wohnraum war auch in den Aufnahmeorten knapp, geeignete Arbeit nur schwer zu beschaffen, so daß die Mehrzahl in der Landwirtschaft der umliegenden Dörfer Arbeit suchen mußte. Erst im Laufe der Jahre kam es auch hier zu einer Normalisierung. Die anfänglich strenge Beschränkung fiel, und manche fanden befriedigende Wohnungen und Anstellungen, so daß sie nur zum Teil von der Rückkehrerlaubnis, die ihnen ebenso wie den Banatern im Baragan 1955 erteilt wurde, Gebrauch machten. ...<<